

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Mit dem Aufnahmestopp in den Pflegeeinrichtungen wirksam umgehen

„So sinnvoll ein Aufnahmestopp in den Pflegeeinrichtungen zur Vermeidung der Ausbreitung des Corona-Virus und zum Schutz dieser besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppe auch ist, stellt dies die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen vor enorme Herausforderungen“ stellen die beiden SPD-Sozialpolitikerinnen Jasmin Bieswanger und Gabi Penzkofer-Röhrl fest.

„Um mit dieser Situation umgehen zu können, ist der Aufbau alternativer und zusätzlicher Strukturen notwendig. Hier hat es sich der Bayerische Staat etwas einfach gemacht, nur auf Rehakliniken zu verweisen. Wir sehen hier das Gesundheitsministerium in der Pflicht, unterstützend beim Aufbau einer Infrastruktur einzugreifen, damit nicht jede Klinik und jede Pflegeeinrichtung für die einzelnen Bewohner*innen nach ihrem Krankenhausaufenthalt einen Übergangsort suchen muss“, fordert Gabi Penzkofer-Röhrl. Jasmin Bieswanger verweist auf die Kooperationsstrukturen hier vor Ort: „Wir haben nicht nur eine gut funktionierende Kooperation zwischen dem Klinikum und dem NürnbergStift, sondern können auch mit der bewährten „Kreisarbeitsgemeinschaft“, in der Politik und die Wohlfahrtsverbände zusammenarbeiten, die von der Angehörigenberatung geforderte „Taskforce“ angehen“.

Voraussetzung für das Gelingen ist jedoch die entsprechende Infrastruktur und das Bereitstellen entsprechender Unterbringungsmöglichkeiten, insbesondere auch für demente Menschen, denn „nicht jede Pflegeeinrichtung ist wie das NürnbergStift in der Lage, entsprechende Quarantänestationen und zusätzliche geschützte Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen. Hier ist wirklich Kreativität gefordert“ sind die SPD-Stadträtinnen Bieswanger und Penzkofer-Röhrl überzeugt.

Sorgen bereitet den beiden Sozialpolitikerinnen die Situation in der ambulanten Pflege durch Angehörigen, die kaum noch auf zusätzliche Dienste zurückgreifen können. „Sie sind zwar in Bezug auf Beratung bei der Angehörigenberatung und dem Pflegestützpunkt gut versorgt, hier müssen wir aber an zusätzlichen Unterstützungsangeboten arbeiten. Dies sehen wir als vordringliche Aufgabe, um die Angehörigen in der häuslichen Pflege zu entlasten“, so Bieswanger und Penzkofer-Röhrl.

Nürnberg, 14. April 2020